



REVISIONSAMT DES ODENWALDKREISES

BERICHT
über die
PRÜFUNG
des
JAHRESABSCHLUSSES
der Stadt
Erbach
zum **31.12.2014**

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
Abkürzungsverzeichnis	4
A Kurzbericht	5
B Detailbericht.....	7
1. Prüfauftrag	7
2. Grundsätzliche Feststellungen	8
2.1. Lage der Kommune	8
2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung und zum Verlauf des Haushaltsjahres.....	8
2.1.2 Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen	9
2.2 Unregelmäßigkeiten	9
2.2.1 Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung.....	9
2.2.2 Sonstige Unregelmäßigkeiten in der Verwaltungsführung.....	9
3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	10
4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung.....	12
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	12
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
4.1.2 Jahresabschluss.....	13
4.1.3 Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft	14
4.1.3.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplan	14

4.1.3.2	Kreditermächtigung / Kreditaufnahmen	15
4.1.3.3	Verpflichtungsermächtigungen	16
4.1.3.4	Kassenkredite.....	16
4.1.3.5	Übertragbarkeit.....	17
4.1.3.6	Haushaltsüberschreitungen	17
4.1.3.7	Weitere Prüfungen im Haushaltsjahr	20
4.2	Gesamtaussage des Jahresabschlusses	20
4.2.1	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	20
4.2.2	Wesentliche Bewertungsgrundlagen	20
4.2.3	Außergewöhnliche Sachverhalte	20
5.	Vermögensrechnung.....	21
6.	Ergebnisrechnung.....	29
7.	Finanzrechnung.....	32
8.	Prüfungsfeststellungen aus Vorjahren.....	34
9.	Zusammenfassung Prüfungsfeststellungen	39
10.	Prüfungsvermerk des Revisionsamtes	40
11.	Anlagen zum Prüfbericht	42

Abkürzungsverzeichnis

AiB	Anlagen im Bau
erIKVKR	erläuterter Kommunaler Verwaltungskontenrahmen
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GoBD	Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HKO	Hessische Landkreisordnung
IDR	Institut der Rechnungsprüfer
IKS	Internes Kontrollsystem
KAG	Kommunalabgabengesetz
KVKR	Kommunaler Verwaltungskontenrahmen
ÖPNV	Öffentlicher Personen Nahverkehr
ÖPP	Öffentlich Private Partnerschaften
USt	Umsatzsteuer
VV	Verwaltungsvorschriften

A Kurzbericht

Prüfvermerk (Testat):	eingeschränkt
Prüfungszeitraum:	06.01.2023 bis 14.02.2023 (mit Unterbrechung)
Rechtsgrundlagen:	HGO, GemHVO, GoB
Aufstellungsbeschluss:	12.12.2016, nicht fristgerecht gem. HGO erneut gefasst am 23.01.2023
Lagebeurteilung zum HHJ:	Die Ergebnisse sind im Lagebericht der Stadt realistisch dargestellt.

	HH-Plan in €	Jahres- ergebnis in €	Tendenz
Ordentliches Ergebnis (Pos. 24 ER)	-1.478.700,00	-1.033.154,13	↗
Außerordentliches Ergebnis (Pos. 27 ER)	-63.000,00	386.718,62	↑
Finanzlage (Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln, Pos. 39 FR)	-3.938.756,19	749.335,84	↑

Chancen und Risiken: Der Rechenschaftsbericht stellt die zukünftigen Chancen und Risiken der Kommune plausibel dar.

Verschuldungskennzahlen:

Nettoneuverschuldung in €	-602.459,81
Pro-Kopf-Verschuldung in €	560,72

Kreditinanspruchnahmen:

	Haushaltssatzung 2014 (ohne Vorjahresermächtigung)	Aufnahme 2014	Abweichung
Kredite vom Kreditmarkt (genehmigungspflichtig)	100.000,00 €	320.730,93 €	220.730,93 €
Kredite des Hess. Investitionsfond (HIF)	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Kredite aus den Konjunkturprogrammen (genehmigungsfrei)	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Haushaltsüberschreitungen: teilweise noch zu beschließen

Prüfungsfeststellungen: Bemerkungen aus Vorjahren noch offen

Die Stadt wurde im Rahmen der Jahresabschlussprüfung hinsichtlich **Ordnungsmäßigkeit, Vollständigkeit, Wirtschaftlichkeit, Plausibilität und Risikovermeidung** geprüft. Die Prüfung erfolgte stichprobenweise.

Um einen umfassenden Überblick über die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune zu erhalten, ist es zwingend notwendig den nachfolgenden Detailbericht zu lesen.

B Detailbericht

1. Prüfauftrag

Der Magistrat der

Stadt Erbach

hat mit dem Aufstellungsbeschluss vom 12.12.2016 das Revisionsamt des Odenwaldkreises mit der Prüfung des Jahresabschlusses gemäß HGO beauftragt. Ein erneuter Aufstellungsbeschluss erfolgte am 23.01.2023. Dieser wurde aufgrund von umfangreichen Korrekturbuchungen in den Vorjahren und sich daraus ergebenden Auswirkungen auf das Zahlenwerk 2014 notwendig.

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind in der HGO, GemHVO, HGB, GoB inklusive der ergänzenden Rechtsgrundlagen in ihrer jeweils aktuell gültigen Fassung geregelt.

2. Grundsätzliche Feststellungen

Grundsätzlich gilt für die nachstehenden Ausführungen, dass die dort angeführten Werte und Sachverhalte den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Eventuelle Abweichungen sind in den Berichtspunkten zu den jeweiligen Jahresabschlusspositionen detailliert beschrieben.

2.1 Lage der Kommune

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung und zum Verlauf des Haushaltsjahres

Die Lagebeurteilung durch den Verantwortlichen der Kommune ist durch das Revisionsamt im Rahmen einer Stellungnahme zu beurteilen. Diese gibt das Revisionsamt aufgrund der im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts gewonnenen Erkenntnisse ab. Die nachfolgende Stellungnahme ist so abgefasst, dass sie den Berichtsadressaten als Grundlage ihrer eigenen Einschätzungen der Lagebeurteilung dienen kann.

a) Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Der Rechenschaftsbericht der Kommune enthält nach Auffassung des Revisionsamtes folgende Kernaussagen zum Verlauf des Haushaltsjahres und zur Lage der Kommune:

	Vorjahresergebnis	HH-Ansatz	Jahresergebnis	Delta
Gesamtergebnis	-1.488.607,19 €	-1.541.700,00 €	-646.663,06 €	895.036,94 €
Ordentliches Ergebnis	-1.435.450,12 €	-1.478.700,00 €	-1.033.381,68 €	445.318,32 €
Außerordentliches Ergebnis	-53.157,07 €	-63.000,00 €	386.718,62 €	449.718,62 €
Eigenkapitalquote	31,56%		31,57%	0,01%

Die Darstellung erfolgt in tabellarischer Übersicht. Details können dem Lagebericht zum Jahresabschluss 2014 der Stadt Erbach entnommen werden.

Stellungnahme:

Die Aussagen des Magistrats zur wirtschaftlichen Lage und zum Verlauf der Haushaltswirtschaft geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage der Kommune wieder. Auch die Analyse der Haushaltsführung deckt sich mit den in diesem Bericht wiedergegebenen Ergebnissen des Revisionsamtes.

b) Künftige Entwicklungen und entwicklungsbezogene Chancen und Risiken

Die Darstellung der zukünftigen Entwicklung sowie deren Chancen und Risiken durch den Magistrat scheinen plausibel. Nach den Feststellungen des Revisionsamtes wurden die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Kommune zutreffend dargestellt und gewichtet.

2.1.2 Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen

Tatsachen, welche die Entwicklung der Kommune wesentlich beeinträchtigen können, hat das Revisionsamt bei der Jahresabschlussprüfung 2014 nicht festgestellt. Es wird auf die Prüfungsfeststellungen aus Vorjahren, Berichtsziffer 8, verwiesen.

2.2 Unregelmäßigkeiten

2.2.1 Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung

Es wurden im Prüffahr keine neuen Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung festgestellt. Es wird allerdings auf die Prüfungsfeststellungen aus Vorjahren, Berichtsziffer 9, verwiesen.

2.2.2 Sonstige Unregelmäßigkeiten in der Verwaltungsführung

Es wurden im Prüffahr keine neuen Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung festgestellt. Es wird allerdings auf die Prüfungsfeststellungen aus Vorjahren, Berichtsziffer 8, verwiesen.

3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts liegen in der Verantwortung des Magistrats.

Die Aufgabe des Revisionsamtes ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung und der uns erteilten Erklärungen und Nachweise ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Dazu wurde die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31.12.2014 bestehend aus Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung sowie Anhang und Lagebericht für das Haushaltsjahr geprüft.

Im Rahmen des erteilten Prüfauftrages haben wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der gesetzlichen sowie satzungsgemäßen Bestimmungen über den Abschluss und den Lagebericht geprüft.

Die Prüfungsplanung und –durchführung erfolgte hinsichtlich Ordnungsmäßigkeit, Vollständigkeit, Wirtschaftlichkeit, Plausibilität und Risikovermeidung unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Kommune.

Die Prüfung wurde in der Zeit vom 06.01.2023 bis 14.02.2023 mit Unterbrechungen durchgeführt.

Als Auskunftspersonen wurden folgende Personen genannt (siehe auch Vollständigkeitserklärung in den Anlagen):

- Ulrich Horn
- Claudia Prieß
- Kerstin Bender
- Susanne Lehrian

Die Auskunftsbereitschaft der Verwaltung war uneingeschränkt.

Gemäß § 128 Abs. 1 HGO prüfte das Revisionsamt den Jahresabschluss mit allen Unterlagen daraufhin, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
3. bei den Einnahmen und Ausgaben, den Erträgen, Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
4. die Anlagen zum Jahresabschluss vollständig und richtig sind,
5. die Jahresabschlüsse nach § 112 HGO ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune darstellen,
6. ob der Bericht nach § 112 Abs. 3 HGO (Rechenschaftsbericht) eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Kommune vermittelt.

Der Jahresabschluss ist nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung aufzustellen und muss klar und übersichtlich gegliedert sein. Er hat sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen zu enthalten.

Führen besondere Umstände dazu, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild nicht vermittelt, so sind im Anhang zusätzliche Angaben zu machen (siehe Ziffer 4.2.1).

4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Es wurde festgestellt, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

- Buchführung und Software

Die Stadt Erbach verwendet das Buchführungsprogramm newsystem 7 der ekom21. Ein gültiges Prüfzertifikat für das Land Hessen der TÜV Informationstechnik GmbH mit Datum vom 17.12.2020 liegt vor.

- IKS

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sollte eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung gewährleisten. Es wird auf die Prüfungsfeststellungen aus Vorjahren, Berichtsziffer 9, verwiesen.

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des Kommunalen Verwaltungskontenrahmens (KVKR) erstellte und für den Jahresabschluss angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffs.

Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Zahlen aus der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zunächst Fehlerhaft entwickelt und von dem Magistrat aufgestellt. Erhebliche Korrekturen führten zu einem erneuten Aufstellungsbeschluss.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach den Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Vorschriften und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung und Jahresabschluss.

4.1.2 Jahresabschluss

Gemäß § 112 Abs.1 Satz 1 HGO sind die Kommunen verpflichtet, für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Der Magistrat soll den Jahresabschluss gemäß § 112 Abs. 9 HGO innerhalb von vier Monaten aufstellen. Der Beschluss über die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte in der Sitzung am 12.12.2016 und erfolgte somit nicht fristgerecht. Durch erheblichen Korrekturbedarf wurde es erforderlich, in der Sitzung am 23.01.2023 einen erneuten Aufstellungsbeschluss zu fassen.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 wurde zunächst fehlerhaft aus der Buchführung abgeleitet. Im Rahmen des personellen Wechsels in der Finanzabteilung wurden erhebliche Korrekturbedarfe festgestellt und die Jahresabschlüsse 2012 ff in erheblichem Maße korrigiert. Soweit geprüft wurden die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften und landesrechtlichen Regelungen, mit Ausnahme der unter Berichtsziffer 8 aufgeführten Sachverhalte, beachtet.

Die Vermögensrechnung und die Ergebnisrechnung sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Dies trifft auch auf die Finanzrechnung zu. Die Werte der Aktiva und Passiva wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet.

Für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet.

Der Anhang enthält die gemäß § 50 GemHVO notwendigen Erläuterungen der Vermögens-, der Ergebnis- und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Die Möglichkeiten, die im Rahmen des sogenannten Beschleunigungserlasses zur Erstellung der Jahresabschlüsse bestehen, wurden von der Stadt Erbach in folgenden Bereichen genutzt:

- Inventar
- Teilergebnisrechnung
- Rechenschaftsbericht
- Im Anhang sind nur die wesentlichen Punkte des Jahresabschlusses erläutert

4.1.3 Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft

Durch die Prüfung war sicherzustellen, dass auch die haushaltsrechtlichen Vorschriften, die sich nicht explizit auf den Jahresabschluss beziehen, beachtet wurden. Hierzu zählen insbesondere Vorschriften zu den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen, dem Haushaltssicherungskonzept, den Grundsätzen der Einnahmebeschaffung, der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan. Darüber hinaus sind ortsrechtliche Bestimmungen zu beachten.

4.1.3.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplan

Die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung erfolgte am 03.04.2014, die Bekanntmachung am 09.08.2014 und die Auslegung in der Zeit vom 11.08. bis 21.08.2014. Die Stadt hat gemäß § 98 HGO keine Nachtragssatzung erlassen.

Für das Haushaltsjahr 2014 hat die Aufsichtsbehörde die Genehmigung des Gesamtbetrages der Kredite gemäß § 103 Abs. 2 HGO sowie den Höchstbetrag der Liquiditätskredite gemäß § 105 Abs. 2 HGO erteilt.

Die Revision weist – wie in den Vorjahren – auf die Bestimmungen des § 97 Abs. 4 HGO hin. Hiernach soll die beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden. Dieser formellen Terminbestimmung ist die Stadt im Prüfwahljahr 2014 nicht nachgekommen.

4.1.3.2 Kreditermächtigung / Kreditaufnahmen

Gemäß § 2 der Haushaltssatzung 2014 vom 03.04.2014 wurde die Kreditermächtigung für die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen auf 100.000,00 € festgesetzt. Diese stehen vollständig im Zusammenhang mit dem Hessischen Investitionsfonds.

Aus den Vorjahren standen Kreditermächtigungen in Höhe von 1.097.321,85 € zur Verfügung. Davon entfallen 1.089.300,00 EUR auf die Kreditermächtigung 2013. Die Verbleibende Kreditermächtigung aus dem Jahr 2012 in Höhe von 8.021,85 EUR blieb bis zur Bekanntgabe der Haushaltssatzung 2014 verfügbar.

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Kreditermächtigungen (aus Vorjahren und dem laufenden Haushaltsjahr) wie folgt in Anspruch genommen:

Kredite vom Kreditmarkt (genehmigungspflichtig)	320.730,93 €
Kredite des Hess. Investitionsfond (HIF)	0,00 €
Kredite aus den Konjunkturprogrammen (genehmigungsfrei)	0,00 €

Von der im Haushaltsjahr 2014 zur Verfügung gestandenen Gesamtkreditermächtigung in Höhe von insgesamt 1.189.300,00 € wurden somit 868.569,07 € nicht in Anspruch genommen. Davon entfallen 768.569,07 € auf die aus dem Vorjahr bestehenden Kreditermächtigung. Diese Kreditermächtigung aus dem Jahr 2013 in Höhe von 768.569,07 € bleibt bis zur Bekanntgabe der Haushaltssatzung 2015 verfügbar, die Kreditermächtigung des Haushaltsjahres 2014 von 100.000,00 € maximal bis zur Bekanntgabe der Haushaltssatzung 2016.

Die Kreditaufnahme in Höhe von 320.730,93 € steht nicht im Einklang mit dem Zahlungsmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit von 257.910,92 € der Finanzrechnung. Die Überschüssige Darlehnsaufnahme im Haushaltsjahr 2014 deckt die Finanzierungslücken der Vorjahre ab.

4.1.3.3 Verpflichtungsermächtigungen

Zur Sicherstellung der Durchführung mehrjähriger Investitionsmaßnahmen wurden gemäß § 3 der Haushaltssatzung 2014 keine Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

4.1.3.4 Kassenkredite

Nach § 4 der Haushaltssatzung war der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2014 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden durften, auf 14.000.000,00 € festgesetzt.

Im Haushaltsjahr 2014 war es erforderlich, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben, Kassenkredite in Anspruch zu nehmen und somit diese Ermächtigung zu nutzen.

In dem Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres sind Kassen- und Kontokorrentkredite in Höhe von 11.857.162,81 € enthalten.

Zur Liquiditätserhaltung sind im Haushaltsjahr 2014 durch Kassenkredite und kurzfristige Kontoüberziehungen Sollzinsen in Höhe von 44.461,72 € angefallen.

4.1.3.5 Übertragbarkeit

Die Stadt hat von der Möglichkeit Ansätze für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach den Vorschriften des § 21 GemHVO zu übertragen Gebrauch gemacht. Auf die entsprechenden Ausführungen im Bilanzanhang wird verwiesen.

Die Übertragungen stehen im Einklang mit den geltenden rechtlichen Vorschriften und sind im Anhang detailliert dargestellt.

4.1.3.6 Haushaltsüberschreitungen

Soweit nicht anders geregelt, sind alle Aufwendungen innerhalb eines Teilhaushaltes gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 1 GemHVO). Innerhalb des Produktbereiches 01 Innere Verwaltung sind die Verfügungsmittel nicht gegenseitig deckungsfähig mit anderen Aufwendungen des gleichen Teilhaushaltes (§ 13 GemHVO). Die Mittel für Fraktionen dürfen gemäß § 20 Abs. 4 GemHVO ebenfalls nicht für deckungsfähig erklärt werden. Zusätzlich sind die innerhalb eines Budgets veranschlagten Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 3 GemHVO).

Von der allgemeinen Regelung des § 20 Abs. 1 GemHVO abweichend, wurden keine Deckungsvermerke gemäß § 19 GemHVO (Zweckbindung) und gemäß § 20 GemHVO (Deckungsfähigkeit) im Haushaltsplan vorgesehen.

Die nachfolgend aufgelisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 HGO sind bei der Stadt Erbach zum Ende des Haushaltsjahres 2014 entstanden.

Aufwendungen der Ergebnisrechnung:

Budget	Bezeichnung	Ansatz (Soll) in €	Ergebnis (Ist) in €	Überschreitung verbleibend in €
117	Bauhof	381.600,00	469.997,24	-88.397,24
126	Brandschutz	327.600,00	333.761,33	-6.161,33
272	Bücherei	28.000,00	46.731,43	-18.731,43
365	Tageseinrichtungen für Kinder	617.700,00	632.019,12	-14.319,12
366	Einrichtungen der Jugendarbeit	18.800,00	20.540,57	-1.740,57
421	Förderung des Sports	64.400,00	116.449,91	-52.049,91
533	Wasserversorgung	0,00	22,09	-22,09
538	Abwasserbeseitigung	1.878.100,00	1.903.411,46	-25.311,46
551	Öffentliches Grün, Landschaftsbau	54.600,00	74.530,34	-19.930,34
552	Öffentliche Gewässer, wasserbauliche Anlagen	140.000,00	152.084,14	-12.084,14
555	Land- und Forstwirtschaft	142.200,00	159.134,89	-16.934,89
571	Wirtschaftsförderung	29.600,00	78.898,60	-49.298,60
	Personal- und Versorgungsaufwendungen	6.695.900,00	6.728.298,50	-32.398,50

Die Über- und Außerplanmäßigen Aufwendungen in den Budgets 117, 126, 365, 366, 421, 533, 538, 552, 555 sowie Personal- und Versorgungsaufwendungen wurden vom Magistrat in einer Sitzung am 12.12.2016 vollständig beschlossen. Zu den Überplanmäßigen Aufwendungen in den 551 (17.103,01 €) und 571 (42.925,55 €) liegen Teilbeschlüsse des Magistrats vom 12.12.2016 vor. Die verbleibenden Überplanmäßigen Aufwendungen sind noch zu beschließen.

Auszahlungen der Finanzrechnung (ohne Investitionen):

Position	Bezeichnung	Ansatz (Soll) in €	Ergebnis (Ist) in €	davon abgedeckt durch Deckungsvermerke in €	Überschreitung verbleibend in €
10	Personalauszahlungen	5.837.600,00	5.939.607,80	0,00	-102.007,80
15	Ausz. f. Steuern einschl. Ausz. a. ges. Uml. Verpfl.	8.563.000,00	8.762.851,25	0,00	-199.851,25
17	Sonst. Ord. Ausz. u. sonst. Außerordentliche Ausz., die sich nicht aus Investitionstätigk. ergeben	17.700,00	111.563,55	0,00	-93.863,55

Die vorgenannten Überplanmäßigen Auszahlungen sind noch zu beschließen.

Auszahlungen der Finanzrechnung für Investitionen:

Budget	Bezeichnung	Ansatz (Soll) in €	Ergebnis (Ist) in €	davon abgedeckt durch Deckungsvermerke in €	Überschreitung verbleibend in €
122	Ordnungsangelegenheiten	500,00	2.830,41	0,00	-2.330,41
252	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen	1.000,00	1.013,82	0,00	-13,82
281	Heimat- und sonstige Kulturpflege	0,00	2.294,27	0,00	-2.294,27
365	Tageseinrichtungen für Kinder	382.776,23	482.989,53	0,00	-100.213,30
366	Einrichtungen der Jugendarbeit	19.700,00	27.949,52	0,00	-8.249,52
546	Parkeinrichtungen	0,00	4.084,08	0,00	-4.084,08
551	Öffentliches Grün, Landschaftsbau	2.000,00	7.585,65	0,00	-5.585,65
553	Friedhofs- und Bestattungswesen	0,00	1.086,56	0,00	-1.086,56
555	Land- und Forstwirtschaft	0,00	1.633,57	0,00	-1.633,57
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	41.500,00	104.573,63	0,00	-63.073,63

Die Über- und Außerplanmäßigen Auszahlungen in den Budgets 122, 365, 546, 551, 555 sowie 612 wurden vom Magistrat in seiner Sitzung am 12.12.2016 vollständig beschlossen. Zu den Über- und Außerplanmäßigen Auszahlungen in den Budgets 281 (1.578,22 €) und 366 (7.538,52 €) liegen Teilbeschlüsse des Magistrats vom 12.12.2016 vor. Die verbleibenden Über- und Außerplanmäßigen Auszahlungen sind noch zu beschließen.

4.1.3.7 Weitere Prüfungen im Haushaltsjahr

Folgende Prüfungen wurden im Haushaltsjahr 2014 durch das Revisionsamt bei der Stadt Erbach durchgeführt:

- Unvermutete Kassenprüfung am 07.04. und 08.04 2014
- Technische Kassenprüfung vom 19.05.2014 bis 24.07.2014 m. Unterbrechungen
- Kassenprüfung anlässlich Kassenübergabe am 01.07.2014
- unv. Kassenbestandsaufnahme vom 25.09. bis 01.10.2014 m. Unterbrechungen

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss und der Anhang vermitteln unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune.

4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Es gelten die Bewertungs- und Inventarisierungsrichtlinien, die vom Magistrat am 02.10.2020 beschlossen wurden und mit Wirkung zum 01.01.2009 rückwirkend in Kraft getreten sind. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erfolgte am 10.12.2020.

Der Anhang beinhaltet die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Details sind dem Anhang zu entnehmen.

Änderungen in den Bewertungsgrundlagen wurden im Prüfungsjahr nicht vorgenommen.

4.2.3 Außergewöhnliche Sachverhalte

Im Rahmen der Prüfung sind keine außergewöhnlichen Sachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses festgestellt worden.

5 Vermögensrechnung

Im Folgenden werden nur noch die Bilanzpositionen beschrieben, die im geprüften Jahresabschluss wesentliche Veränderungen erfahren haben oder zu beanstanden bzw. aufgrund Ihrer Besonderheit zu erwähnen sind. Insoweit bezieht sich die verwendete Nummerierung auf die Ziffern der Bilanzpositionen nach dem KVKR und sind nicht mehr fortlaufend. Im Übrigen wird auf die Angaben und Vergleiche im Bilanzanhang der Kommune verwiesen. Diesem sind alle wesentlichen Angaben und Werte zu entnehmen. Ebenso ist die Vermögensrechnung als Anlage diesem Bericht beigelegt.

Aktiva

1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte

Im Zuge der Sachanlagenprüfung wurde bei einem bisher als Erbpachtgrundstück bilanzierten Grundstück festgestellt, dass dieses entgegen der seitherigen Bilanzierung im Eigentum der Stadt Erbach steht. Der entsprechende Wert in Höhe von 359.590,00 € ist seitens der Verwaltung während der Prüfung aufgenommen worden.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Kontenentwicklung	Stadtentwicklung Erbach GmbH	Wasserversorgung Erbach AöR
Anfangsbestand zum 01.01.2014	76.203,09 €	0,00 €
+ Zugänge	48.000,00 €	25.000,00 €
- Abgänge	0,00 €	0,00 €
- Abschreibungen	-50.463,52 €	0,00 €
Endbestand zum 31.12.2014	174.666,61 €	25.000,00 €

Im Berichtsjahr wurde die Wasserversorgung Erbach Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) gegründet. Das Stammkapital wurde von der Stadt Erbach gestellt und die AöR stellt eine 100% Tochter dar. Bei der Stadtentwicklung Erbach GmbH wurde erneut ein Verlustausgleich im Rahmen einer Kapitalerhöhung geleistet. Aufgrund der nicht vorhandenen Werthaltigkeit wurde dieser vollständig über das außerordentliche Ergebnis abgeschrieben. Zudem erfolgte eine weitere Abwertung der Anteile aufgrund dauerhafter Fehlbeträge.

2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Entwicklung des gesamten Forderungsbestandes aufgrund der durch die Stadt Erbach durchgeführten Forderungsbewertung ergibt folgende Werte:

Bezeichnung	Stand zum 31.12.2014	v.H.
Forderungsbestand (nominal)	3.876.054,69 €	100,00
./. Einzelwertberichtigung	58.885,66 €	1,52
./. Pauschalierte Einzelwertberichtigung	1.040.666,73 €	26,85
./. Pauschalwertberichtigung	18.426,79 €	0,48
Saldo lt. Vermögensrechnung	2.758.075,51 €	71,16

Aufgrund der durchgeführten Forderungsbewertung hat die Stadt Erbach im geprüften Haushaltsjahr die Möglichkeiten des § 30 Abs. 1 GemHVO wahrgenommen und Ansprüche in Höhe von 58.885,66 € unbefristet niedergeschlagen. Die entsprechenden Beschlüsse aus dem Jahr 2014 wurden vorgelegt. Darüber hinaus hat die Stadt Forderungen in Höhe von 13.158,16 € gemäß § 30 Abs. 1 GemHVO gestundet. Die entsprechende Entscheidung konnte zur Prüfung vorgelegt werden. Außerdem hat die Stadt Erbach die Möglichkeit des § 30 Abs. 3 GemHVO genutzt und Forderungen in einem Gesamtwert von 148,74 € erlassen. Die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen und Beschlüsse wurden vorgelegt.

2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

Bezeichnung	Stand zum 31.12.2020	v.H.
Forderungsbestand (nominal)	1.118.168,99 €	100,00
./. Einzelwertberichtigungen	0,00 €	0,00
./. Pauschalierte Einzelwertberichtigung	126.538,98 €	11,32
./. Pauschalwertberichtigung	1.172,51 €	0,10
Saldo lt. Vermögensrechnung	990.457,50 €	88,58

Wesentliche Prüfungsfeststellungen haben sich nicht ergeben. Es sollte jedoch für die Zukunft eine Überprüfung der Kontenzuordnungen nach dem KVKR (Kostenerstattungen) sowie den dazu gehörigen Erläuterungen durchgeführt werden.

2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen

Bezeichnung	Stand zum 31.12.2020	v.H.
Forderungsbestand (nominal)	1.621.954,70 €	100,00
/./ Einzelwertberichtigung	55.384,99 €	3,41
/./ Pauschalierte Einzelwertberichtigung	861.164,69 €	53,09
/./ Pauschalwertberichtigung	12.611,54 €	0,78
Saldo lt. Vermögensrechnung	692.793,48 €	42,71

2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Bezeichnung	Stand zum 31.12.2020	v.H.
Forderungsbestand (nominal)	281.441,17 €	100,00
/./ Einzelwertberichtigung	3.500,67 €	1,24
/./ Pauschalierte Einzelwertberichtigung	52.963,06 €	18,82
/./ Pauschalwertberichtigung	3.408,46 €	1,21
Saldo lt. Vermögensrechnung	221.568,98 €	78,73

2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen

Bezeichnung	Stand zum 31.12.2020	v.H.
Forderungsbestand (nominal)	61.714,11 €	100,00
/./ Einzelwertberichtigung	0,00 €	0,00
/./ Pauschalierte Einzelwertberichtigung	0,00 €	0,00
/./ Pauschalwertberichtigung	1.234,28 €	2,00
Saldo lt. Vermögensrechnung	60.479,83 €	98,00

2.4 Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2014	01.01.2014
Kontenbezeichnung	EUR	EUR
Barkasse	1.279,93	2.857,89
Girokonten	1.530.558,38	779.253,58
Festgelder	69.870,73	69.661,59
Mietkaution	918,20	1.192,70
Summe	1.602.627,24	852.965,76

Es ergibt sich unter Berücksichtigung der bestehenden Kassenkredite und Kontokorrentkredite eine Netto-Liquidität (Flüssige Mittel abzüglich kurzfristiger Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten) in Höhe von - 10.254.535,57 €.

Der Bestand an flüssigen Mitteln stimmt mit dem Bestand der Finanzrechnung zum Jahresabschlussstichtag nicht überein. Der Differenzbetrag in Höhe von 7.162,81 € zwischen der Vermögens- und der Finanzrechnung ergibt sich aus dem Kontokorrentkredit zum Jahreswechsel.

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wurde durch die Finanzabteilung der Stadt Erbach festgestellt, dass der Wert des Barbuches fehlerhaft ist. Nach Recherchen der Stadt hätte der Wert des Barbuches zum Stichtag 31.12.2014 6.436,47 € betragen müssen. Die Differenz i.H.v. 5.156,54 € steht gemäß Aktennotiz im Zusammenhang mit nicht eingetragenen Vorgängen im Kassenbuch. Diese Differenzen wurden bereits im Jahresabschluss 2013 festgestellt. In wie weit diese Differenzen mit dem in den Folgejahren stattgefundenen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen einen ehemaligen Mitarbeiter der Stadtkasse stehen, kann nur vermutet werden.

Passiva

1.1 Netto-Position

Kontenentwicklung	EUR
Anfangsbestand zum 01.01.2014	30.729.808,49
+ Zugänge	359.590,00
- Abgänge	0,00
Endbestand zum 31.12.14	31.089.398,49

Im Rahmen der technischen Prüfung wurde festgestellt, dass bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Erbach ein Grundstück nahe dem Alexanderbad als Erbpachtgrundstück bewertet wurde und somit nicht in der Eröffnungsbilanz enthalten war. Aufgrund der Höhe (ca. 0,5% der Bilanzsumme) wurde Ausnahmsweise vereinbart, diesen Zugang trotz der verstrichenen Korrekturfrist für die Nettoposition hier abzubilden.

1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses

Die Stadt Erbach hat den Überschuss im außerordentlichen Ergebnis der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt und somit die Vorgaben des § 24 GemHVO umgesetzt.

Die Entwicklung dieser Bilanzposition stellt sich somit wie folgt dar:

	31.12.2014
Bezeichnung	€
saldierte außerordentliche Ergebnisse bis einschließlich Vorjahr	1.308.214,08
Zuführung Überschuss lfd. Jahr	386.718,62
Gesamtergebnis	1.694.932,70

1.3.1.1 Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren

Die Stadt Erbach hat den Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis auf neue Rechnung Vorgetragen und somit die Vorgaben des § 25 GemHVO beachtet. Ist ein Ausgleich der saldierten Fehlbeträge gemäß § 25 Absatz 1 und 2 GemHVO nicht möglich, so besteht im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 die Möglichkeit, die Fehlbeträge mit dem Eigenkapital zu verrechnen.

Die Entwicklung dieser Bilanzposition stellt sich somit wie folgt dar:

	31.12.2014
Bezeichnung	€
saldierte ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-8.558.842,28
Zuführung Fehlbetrag lfd. Jahr	-1.033.154,13
Gesamtergebnis	-9.591.996,41

Notwendige Korrekturen wurden in den Jahresabschluss übernommen. Prüfungsfeststellungen haben sich nicht ergeben.

2.2 Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Hierbei handelt es sich um einen Überschuss für den Gebührenbereich Schmutzwasser.

Die Entwicklung des Sonderpostens stellt sich wie folgt dar:

	Gebühren- haushalt Nieder- schlags- wasser	Gebühren- haushalt Schmutz- wasser
Bezeichnung	€	€
Stand am 01.01.2014	0,00	0,00
Inanspruchnahme Überdeckungen aus Vorjahren	0,00	0,00
Zuführung von Überdeckung des laufenden Jahres	0,00	179.303,85
Ergebnis zum 31.12.2014	0,00	179.303,85

Für den Bereich der Abwasserbeseitigung, bestehend aus Niederschlagswasser und Schmutzwasser, waren keine Überdeckungen aus Vorjahren aufzulösen. Das Jahr 2014 schloss für den Gebührenbereich Schmutzwasser mit einer Überdeckung ab, die dem Sonderposten zuzuführen ist. Die Überdeckung wurde ordnungsgemäß berechnet und auch entsprechend so in der Buchhaltung ausgewiesen. Um eine Gebührenstabilität zu ermöglichen, sind die Überdeckung des laufenden Jahres sowie die weiteren Überdeckungen der Folgejahre verteilt auf nachfolgende Kalkulationszeiträume dem Gebührenzahler positiv anzurechnen.

4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Bilanzposition der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zeigt für 2014 folgende Entwicklung:

	Stand 31.12.2014
Bestand der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.968.890,97 €
<i>Zugänge aufgrund vorliegender Kreditgenehmigung</i>	320.730,93 €
<i>Zugänge aufgrund kommunaler Investitionsprogramme (genehmigungsfrei)</i>	0,00 €
<i>Tilgung 2014</i>	-760.987,68 €
Veränderung zur Bilanzposition im Haushaltsjahr 2014	-440.256,75 €
Summe Bilanzposition	6.528.634,22 €

4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern

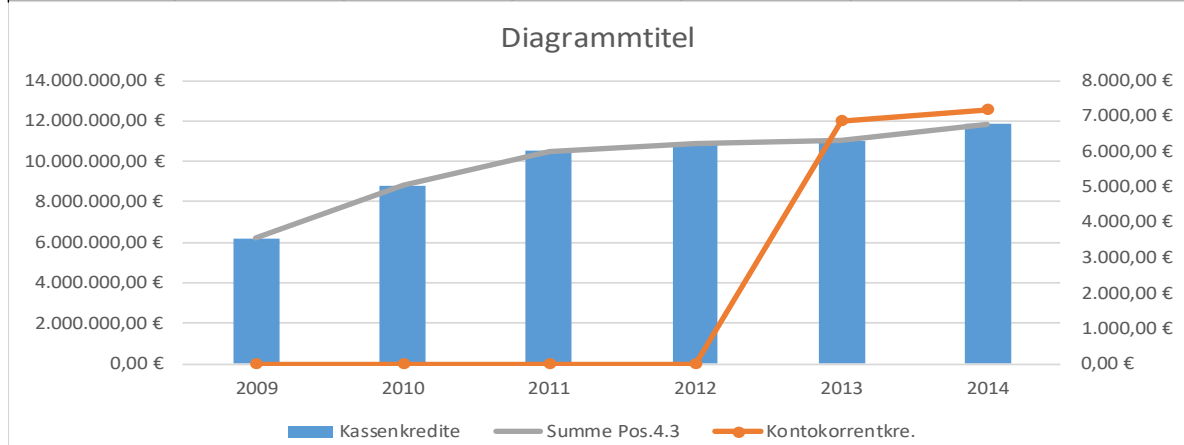
Die Bilanzposition der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zeigt für 2014 folgende Entwicklung:

	Stand 31.12.2014
Bestand der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	927.836,24 €
<i>Zugänge aufgrund vorliegender Kreditgenehmigung</i>	0,00 €
<i>Zugänge aufgrund kommunaler Investitionsprogramme (genehmigungsfrei)</i>	0,00 €
<i>Tilgung 2014</i>	-147.823,00 €
Veränderungen zur Bilanzposition im Haushaltsjahr 2014	-147.823,00 €
Summe Bilanzposition	780.013,24 €

4.3 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung

Die Bilanzposition der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung zeigt folgende Entwicklung:

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Kassenkredite	6.200.000,00 €	8.800.000,00 €	10.500.000,00 €	10.900.000,00 €	11.000.000,00 €	11.850.000,00 €
Kontokorrentkre.	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	6.837,17 €	762,81 €
Summe Pos.4.3	6.200.000,00 €	8.800.000,00 €	10.500.000,00 €	10.900.000,00 €	11.006.837,17 €	11.857.162,81 €

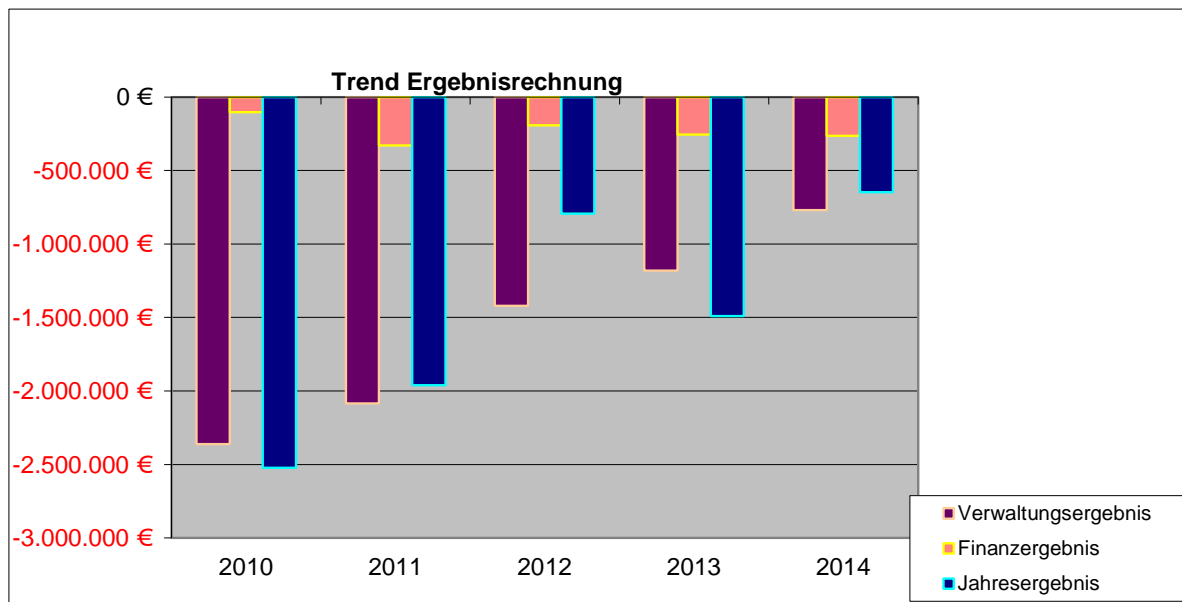


Nach der Haushaltssatzung 2014 darf der Kassenkredithöchstbetrag zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben 14.000.000,00 € betragen. Zum Ende des Haushaltsjahres sind Kassen- und Kontokorrentkredite in Höhe von 11.857.162,81 € vorhanden. Für diese Inanspruchnahme sind Sollzinsen in Höhe von 44.461,72 € angefallen.

6 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung der Stadt Erbach zeigt folgende Entwicklung (Beträge setzen sich aus mehreren Werten zusammen, die in der Tabelle kaufmännisch gerundet ausgewiesen werden):

Bezeichnung	Jahr				
	2010	2011	2012	2013	2014
Verwaltungsergebnis	-2.361.060 €	-2.084.635 €	-1.421.292 €	-1.180.023 €	-78.719 €
Finanzergebnis	-101.835 €	-329.882 €	-192.133 €	-255.428 €	-263.435 €
Ordentliches Ergebnis	-2.462.896 €	-2.414.517 €	-1.613.425 €	-1.435.450 €	-1033.154 €
Außerordentliches Ergebnis	-59.439 €	453.824 €	819.982 €	-53.157 €	386.719 €
Jahresergebnis	-2.522.334 €	-1.960.693 €	-793.443 €	-1.488.607 €	-646.436 €



Nachstehend werden nur die Positionen der Ergebnisrechnung erläutert, die im geprüften Jahresabschluss wesentliche Veränderungen erfahren haben oder zu beanstanden bzw. aufgrund Ihrer Besonderheit zu erwähnen sind. Insoweit bezieht sich die verwendete Nummerierung auf die Ziffern der Ergebnispositionen nach dem KVKR und sind ggf. nicht mehr fortlaufend.

Im Übrigen wird auf die Angaben und Vergleiche im Bilanzanhang verwiesen. Diesem sind alle wesentlichen Angaben und Werte zu entnehmen. Ebenso ist die Ergebnisrechnung als Anlage diesem Bericht beigefügt. **Es sollte wie bereits in den Vorjahren erwähnt, in allen Positionen auf aussagekräftige Buchungstexte geachtet werden. Zudem sollte eine regelmäßige Kontrolle der Zuordnung nach den Vorgaben des KVKR erfolgen.**

Ordentliche Erträge

2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die Mehrerträge im Vergleich zum Vorjahr (+729.849,87 € / +18%) und zum Planansatz (+168.606,75 € / + 3,58 %) resultieren aus der Einführung des Niederschlagwassers sowie höherer Erträge aus dem Frischwasserverkauf im Haushaltsjahr.

5 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen

Die Mehrerträge im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich aus höheren Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer (+ 773.771,95 € / + 16%). Diese kompensieren die Mindererträge im Bereich der Gewerbesteuer (- 514.887,84 € / - 11%). Im Vergleich zur Haushaltsplanung ergeben sich Mindererträge von 271.018,18 €.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

Die Mehrerträge im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich aus höheren Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Land (insb. Kinderbetreuung). Diese kompensieren die Mindererträge im Bereich der Schlüsselzuweisungen. Im Vergleich zur Haushaltsplanung ergeben sich Mehrerträge von 769.612,57 €.

Ordentliche Aufwendungen

11 Personalaufwendungen

Die Mehraufwendungen im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich höheren Entgeltleistungen und damit verbundenen Sozialversicherungsaufwendungen (+540.231,29 € / +10%). Im Vergleich zum Haushaltsansatz ergeben sich Einsparungen von 80.654,92 €.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich Mehraufwendungen von 720.029,07 € bzw. +18 %. Diese teilen sich zum Großteil in die Bereiche Abwasser, Mieten und Pachten sowie die Einstellung in den Sonderposten auf. Der Abgleich zum Haushaltsplan ergibt Einsparungen in Höhe von 376.819,43 € und bezieht sich zum Großteil auf die Bereiche der Materialaufwendungen.

Außerordentliche Erträge und außerordentliche Aufwendungen

25 Außerordentliche Erträge

Die Erträge ergeben sich zum Großteil aus den Erträgen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden sowie von Fahrzeugen.

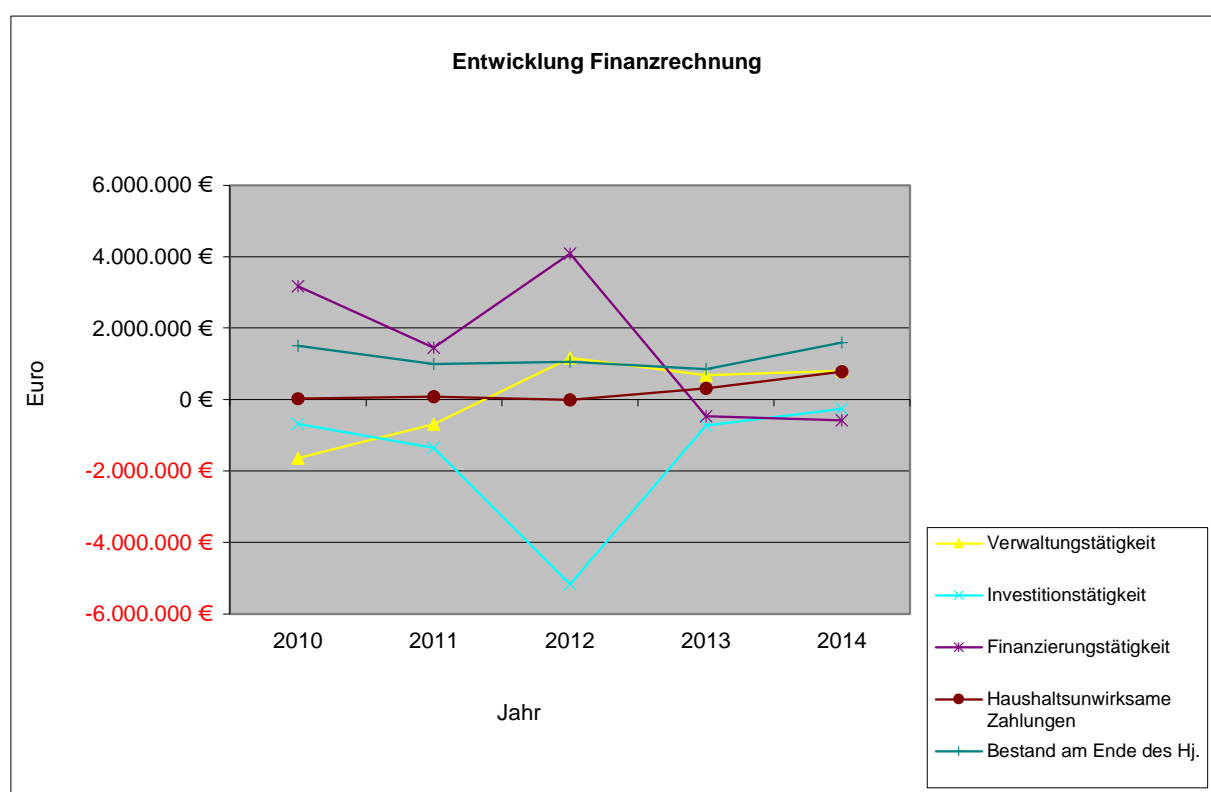
26 Außerordentliche Aufwendungen

Die Aufwendungen ergeben sich aus periodenfremden Aufwendungen sowie außerplanmäßigen Aufwendungen aufgrund von Verschrottung oder Verlusten beim Abgang von Finanzanlagevermögen (Abwertung von verbundenen Unternehmen).

7 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung der Stadt Erbach zeigt folgende Entwicklung (Beträge setzen sich aus mehreren Werten zusammen, die in der Tabelle kaufmännisch gerundet ausgewiesen werden):

Entwicklung	Jahr				
	2010	2011	2012	2013	2014
Verwaltungstätigkeit	-1.644.105 €	-690.501 €	1.158.594 €	674.536 €	808.398 €
Investitionstätigkeit	-678.633 €	-1.349.389 €	-5.171.218 €	-733.816 €	-257.91 €
Finanzierungstätigkeit	3.175.112 €	1.453.587 €	4.087.489 €	-464.720 €	-585.300 €
Haushaltsunwirksame Zahlungen	24.961 €	78.055 €	-9.251 €	313.059 €	784.149 €
Bestand am Ende des Hj.	1.499.703 €	991.455 €	1.057.000 €	846.129 €	1.595.464 €



Das in der direkten Finanzrechnung nachgewiesene Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus Investitionstätigkeit, aus Finanzierungstätigkeit und aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen wurde ordnungsgemäß nachgewiesen und entspricht den zahlungswirksamen Vorgängen des Haushaltsjahres 2014.

Der Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres entspricht dem Finanzmittelbestand am Ende des vorangegangenen Haushaltsjahres.

Der Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres entspricht unter Berücksichtigung des Kontokorrentkredites i.H.v. 7.162,81 Euro der Position "Flüssige Mittel" der Vermögensrechnung.

Die Finanzrechnung steht im Einklang mit der Vermögens- und Ergebnisrechnung.

8 Prüfungsfeststellungen aus Vorjahren

Im Rahmen der Prüfung der Jahresabschlüsse der Vorjahre wurden Prüfungsfeststellungen getroffen, deren Bearbeitung bzw. Umsetzung überprüft wurde.

Die nachstehende Übersicht informiert über den Sachstand der jeweils getroffenen Feststellungen:

Lfd. Nr.	Prüfungsfeststellung	Sachstand
01/2009	Im Rahmen des IKS bezüglich der Führung der Anlagenbuchhaltung wurde die Einführung eines Mehr-Augen-Systems für die Änderung bestehender Anlagen empfohlen.	Der Magistrat beauftragt den Fachbereich 3.1 in seiner Sitzung am 05.09.2022 mit der sofortigen Einführung eines Mehr-Augen-Prinzips bei der Anlagenbuchhaltung. Für die Kontrolle wird eine Vergleichsliste mit den Abschreibungswerten des Prüfjahres und den Werten des Vorjahres erstellt. Evtl. Abweichungen sind zu erläutern. Die Liste ist von der Abteilungsleitung Finanzverwaltung und der Fachbereichsleitung Bilanzen und Controlling zu prüfen und durch Unterzeichnung freizugeben. <u>erledigt</u>

02/2009	<p>Im Rahmen der Schwerpunktprüfung „Schwimmbadeinnahmen“ wurde festgestellt, dass für die Schwimmbäder in Ebersberg und Erlenbach keine Gebührensatzungen existieren. Darüber hinaus gab es in beiden Schwimmbädern keine Möglichkeiten, die Tageseinnahmen in einem Tresor bis zur Einzahlung bei der Stadtkasse zu verschließen. Somit ist eine sichere Aufbewahrung der Eintrittsgelder und des Wechselgeldes nicht gewährleistet. Zudem existiert für den Bereich der Schwimmbäder keine Dienstanweisung.</p>	<p>In der neu gefassten Gebührenordnung für das Jahr 2021 sind neben dem Alexanderbad auch die Schwimmbäder in Ebersberg und Erlenbach enthalten. Zudem sind im Jahr 2016 für die Schwimmbäder Erlenbach und Ebersberg entsprechende Dienstanweisungen in Kraft getreten. In seiner Sitzung am 05.09.2022 hat der Magistrat die Verwaltung beauftragt, spätestens zur Badesaison 2023 zwei Tresore für die Schwimmbäder in Ebersberg und Erlenbach anzuschaffen und die Dienstanweisung für die Bäder entsprechend anzupassen. <u>erledigt</u></p>
01/2012	<p>Im Rahmen der Prüfung der Bilanzpositionen sowie der Ergebnisrechnungspositionen konnten nicht alle angeforderten Stichproben vorgelegt werden. Das nicht Vorhalten von Zahlungsbegründenden Unterlagen stellt ein Verstoß gegen die Grundsätze Ordnungsgemäßer Buchführung sowie die §§ 169 und 170 Abgabenordnung (AO) dar. Zukünftig ist ein Ablagesystem zu wählen, das es jedem ermöglicht, diese Unterlagen jederzeit und zeitnah zu finden.</p>	<p>Der Magistrat nahm in seiner Sitzung am 05.09.2022 zur Kenntnis, dass in den vergangenen Jahren die Systematik der Belegablage fehleranfällig war. Mit Einführung des Rechnungsworkflows im Haushaltsjahr 2019 wurde die Belegablage im Programm digital integriert, so dass die Belege ab dem Jahresabschluss 2019 auffindbar sind.</p> <p><u>erledigt</u></p>

02/2012	<p>Eine lückenlose Inventur wurde im Elfenbeinmuseum vor der EB, in den Jahren bis 2016 und anschließend vom Land Hessen bis zum Jahr 2022 nicht vollständig durchgeführt. Die zugrunde gelegte „Inventarliste“ ist fehlerhaft. Eine Bestandsdokumentation, welche Objekte in den Jahren 2015 / 2016 im Detail an das Land Hessen übergeben worden sind, wurde bei Auflösung des Museums in den Jahren 2015 / 2016 von den Beteiligten nicht erstellt. Hier besteht für die Stadt Erbach u.U. ein erhebliches Schadenersatzrisiko gegenüber ihren Leihgebern, sofern Leihgaben letztlich nicht mehr auffindbar sein sollten.</p> <p>Die ursprünglichen Unterlagen des Elfenbeinmuseums sind nach Auskunft der Verwaltung nur noch rudimentär vorhanden. Der Verbleib der vollständigen Unterlagen konnte im Rahmen der Prüfung durch die Stadt Erbach nicht festgestellt werden.</p> <p>In Anbetracht der Werte der Kunstobjekte und der Verantwortung der Stadt Erbach in Bezug auf ihr von Dritten überlassene Objekte als Leihgaben, muss die Klärung des Bestandes durch die Stadt Erbach erfolgen. Im Rahmen der Maßnahmenprüfung zum Jahresabschluss 2013 wurden die Sachverhalte hinsichtlich Elfenbeinmuseum weiter geprüft. Der</p>	<p>Der Magistrat nimmt zur Kenntnis, dass die Bestandsführung und –prüfung mit der Elfenbeinkunst bis hin zur Übergabe als unbefristete Leihgabe an das Land nicht korrekt nachvollziehbar erfolgte. Die Verwaltung teilt ergänzend mit, dass die Bestandsaufnahme durch das Land noch nicht abschließend erfolgt ist und es somit bis dato noch keine Übergabe der vertraglich vereinbarten Bestandsliste gab. Die Bestandsliste sollte spätestens zur Prüfung des Jahresabschlusses 2016 vorliegen, daher erteilt der Magistrat der Verwaltung den Auftrag, den Eingang der Bestandsliste des Landes zu überwachen, die Bestandsliste nach Eingang mit der städtischen Bestandsliste abzugleichen und den Magistrat umgehend über das Restrisiko zu informieren. Ferner wird die Verwaltung angewiesen, das Schadenersatzrisiko zu beziffern und die bereits gebildete Risikorückstellung entsprechend anzupassen.</p>
---------	---	--

	<p>Stand zur Jahresabschlussprüfung 2013 ist unter Pkt. I.5 im Maßnahmenbericht der JAP 2013 (Anlage zu Pkt. 3) ausführlich erläutert. Die Vorlage einer Bestandsliste sowie die Übermittlung weiterführender Informationen sind durch das Land Hessen nach Auskunft der Verwaltung nach wie vor nicht erfolgt.</p>	
03/2012	<p>Im Rahmen des Prüfungsschwerpunktes „Europäisches Beihilferecht“ gab die Stadt Erbach an, in den vergangenen Jahren zwei Sachverhalte nach den De-minimis Beihilfen gewährt zu haben. In beiden Fällen waren allerdings die Voraussetzungen dieser Beihilfen nicht erfüllt. Somit konnten die gewährten Hilfen nicht nach den De-minimis-Beihilfen genehmigt werden.</p> <p>In wieweit diese beiden Sachverhalte rechtliche und finanzielle Folgen für die Stadt Erbach und die Gewerbetreibenden haben können, ist durch die Stadt zu prüfen und dem Revisionsamt unaufgefordert über das Ergebnis zu informieren.</p>	<p>Die Prüfung der rechtlichen und finanziellen Folgen erfolgt durch das Hauptamt. Über das Ergebnis der Prüfung wird der Magistrat das Revisionsamt unaufgefordert informieren.</p> <p><u>erledigt</u></p>

04/2012	<p>Der Wert des Brudergrundfonds konnte nicht detailliert nachvollzogen werden, da für das Haushaltsjahr 2012 und für die Vorjahre nicht alle Vorgänge detailliert dokumentiert und nicht nachvollziehbar gebucht wurden.</p> <p>Die Stadt Erbach muss die bisherige Vorgehensweise bezüglich des Brudergrundfonds voll umfänglich optimieren um hier die Möglichkeiten für dolose Handlungen zu minimieren. Zudem sollte darauf geachtet werden, dass alle Vorgänge vollständig und nachvollziehbar in der Buchhaltung der Stadt Erbach erfasst und dokumentiert werden. Darüber hinaus ist für den Bereich der Kassenleerung im Brudergrund ein funktionsfähiges IKS zu installieren. Dieses sollte neben der Absicherung des Geldflusses aus den Futtermitteln und Spenden auch die sofortige Einzahlung der Bargeldbestände bei der Stadtkasse gewährleisten. Hierzu wäre die Erstellung einer entsprechenden Dienstanweisung als sinnvoll anzusehen. Darüber hinaus wird auf die ausführlichen Erläuterungen und Schriftwechsel im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2012 mit der Finanzabteilung der Stadt Erbach verwiesen.</p>	<p>Der Magistrat beauftragt die Verwaltung damit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Preise für den Fleischverkauf vorab unter Berücksichtigung der marktüblichen Preisentwicklung festzusetzen und Abweichungen zu den festgesetzten Preisen nachvollziehbar zu dokumentieren, - die Futtermittel und -tüten den Besuchern künftig kostenlos zur Verfügung zu stellen, - für Spenden zwei abgeschlossene Geldkassen anzuschaffen. Diese sollen im Wechsel im Brudergrund aufgestellt werden und nur noch in der Stadtkasse geöffnet und entleert werden. Zusätzlich soll auf die Möglichkeit der Spendenüberweisung auf ein Bankkonto der Stadt hingewiesen werden. <p><u>erledigt</u></p>
---------	---	---

9 Zusammenfassung Prüfungsfeststellungen

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 der Stadt Erbach führte zu keinen weiteren Prüfungsfeststellungen.

10 Prüfungsvermerk des Revisionsamtes

Eingeschränkter Prüfungsvermerk

Nach dem Ergebnis der Prüfung hat das Revisionsamt dem als Anlage zu diesem Bericht beigefügten Jahresabschluss sowie dem Rechenschaftsbericht der Stadt Erbach zum 31.12.2014 den folgenden eingeschränkten Prüfungsvermerk erteilt.

Das Revisionsamt hat den Jahresabschluss – bestehend aus Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Rechenschaftsbericht der Stadt Erbach für das Haushaltsjahr 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht nach den gemeindewirtschaftlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Magistrats. Die Aufgabe des Revisionsamtes ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Das Revisionsamt hat die Jahresabschlussprüfung nach § 128 HGO vorgenommen. Die Prüfung ist so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Erbach sowie die Erwartungen möglicher Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Magistrats sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts. Das Revisionsamt ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für seine Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwendungen geführt:

Das Revisionsamt des Odenwaldkreises vertritt die Auffassung, dass bezüglich des Belegwesens und insbesondere beim internen Kontrollsystem (IKS) der Stadt Erbach erheblicher Anpassungsbedarf in den organisatorischen Abläufen besteht, der zwingend umzusetzen ist. Aus den gewonnenen Prüfungsfeststellungen können sich Spielräume für dolose Handlungen ergeben, die zwingend abzustellen sind.

Des Weiteren vertritt das Revisionsamt die Auffassung, dass die Stadt Erbach die Sachverhalte um das Elfenbeinmuseum, welches in den Jahren 2015/2016 an das Land Hessen übergang, dringend klären muss. Hier besteht für die Stadt Erbach u.U. ein erhebliches Schadenersatzrisiko gegenüber ihren Leihgebern, sofern Leihgaben letztlich nicht mehr auffindbar sein sollten. Auf die Ausführungen unter Tz. 4.2.4 des Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Stadt Erbach wird insoweit für beide Sachverhalte hingewiesen.

"Mit dieser Einschränkung entspricht der Jahresabschluss nach der Beurteilung des Revisionsamtes aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der kommunalen Satzungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Erbach. Mit der genannten Einschränkung steht der Rechenschaftsbericht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Erbach, den 15.02.2023

Die Prüfer:
Herr Eidenmüller
Herr Kollmer
Frau Weber

**Revisionsamt des
Odenwaldkreises**



Helms t ä d t e r

- Leiter des Revisionsamtes -

11 Anlagen zum Prüfungsbericht

- Vollständigkeitserklärung
- Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung
- Tabelle der Bilanzveränderungen anlässlich der Prüfung

DER MAGISTRAT DER KREISSTADT ERBACH



Kreisstadt Erbach Neckarstraße 3 64711 Erbach

Der Kreisausschuss des Odenwaldkreises
Revisionsamt
Michelstädter Str. 12

64711 Erbach

Finanzverwaltung

Zuständig: Claudia Prieb
Telefon: 06062-64-261
Telefax: 06062 64-212
E-Mail: claudia-priess@erbach.de

Ihre Nachricht vom:
Zeichen:

Unser Zeichen:
(bei Antwortschreiben bitte angeben)

Vollständigkeitserklärung

Prüfung der Schlussbilanz zum 31.12.2014

Allgemeines

Für die Aufstellung der Schlussbilanz (SB) der Stadt Erbach und die Richtigkeit der gegenüber dem Revisionsamt erteilten Angaben, sind im Rahmen der Vorschriften die gesetzlichen Vertreter der Stadt Erbach verantwortlich.

Die Verantwortlichen geben in Kenntnis dieser Verpflichtung die nachstehenden Erklärungen nach bestem Wissen und Gewissen ab.

A. Aufklärung und Nachweise

Die Aufklärungen und Nachweise, die im Rahmen der Prüfung gemäß § 128 HGO vom Revisionsamt des Odenwaldkreises (RevA) verlangt werden bzw. die für die Beurteilung der EB und des Anhangs erforderlich sind, wurden vollständig gegeben. Zur Auskunft im Zusammenhang der EB-Prüfung sind die nachstehenden Personen benannt worden:

Name	Vorname	Dienstbezeichnung
Horn	Ulrich	VA
Prieb	Claudia	VA
Bender	Kerstin	VA
Lehrian	Susanne	VA

Diese v. g. Personen sind angewiesen worden, die gewünschten Auskünfte und Nachweise im Rahmen der SB-Prüfung richtig und vollständig dem RevA des Odenwaldkreises zu geben.

B. Bücher und Schriften

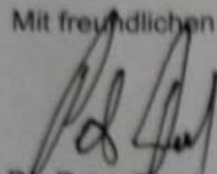
1. Die Bücher und Schriften einschließlich der zum Verständnis der Buchführung erforderlichen Organisationsunterlagen sind dem RevA des Odenwaldkreises vollständig zur Verfügung gestellt worden.
2. In den vorgelegten Büchern sind alle Geschäftsvorfälle erfasst, die für die SB relevant und buchungspflichtig geworden sind.
3. Durch ausreichende organisatorische Vorkehrungen und Kontrollen ist gewährleistet, dass die Aufzeichnungen im Finanz- und Rechnungswesen nur nach ordnungsmäßig dokumentierten Organisationsunterlagen, Programmen und Bedienungseingriffen durchgeführt werden.
4. Nicht ausgedruckte aufbewahrungspflichtige Daten sind innerhalb der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen jederzeit verfügbar und können innerhalb angemessener Frist in geordneter Weise lesbar hergestellt werden.

C. SB und Anhang

1. In der zur Prüfung vorgelegten SB zum 31.12.2014 sind nach meiner Überzeugung das Anlagevermögen und das Umlaufvermögen, die Sonderposten, die Rückstellungen, die Schulden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten vollständig ausgewiesen.
2. Die nachstehend angeführten Sachverhalte und die daraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen sind in der um den Anhang erweiterten SB vollständig berücksichtigt. Fehlen derartige Angaben oder Vermerke, liegen diese Sachverhalte am Abschlussstichtag nicht vor.
 - a) Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften, Garantien und sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Haftungsverhältnissen,
 - b) Rückgabeverpflichtungen für in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände und Rückgabeverpflichtungen für nicht in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände,
 - c) Verträge oder sonstige Sachverhalte, die wegen ihres Gegenstandes, ihrer Dauer oder aus anderen Gründen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Bedeutung sind oder werden können,
 - d) Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind und die Vermögens-, Schuldenlage der Stadt Erbach wesentlich beeinflussen könnten,
 - e) Besondere Umstände, die der Vermittlung eines – den tatsächlichen Verhältnissen – getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und der Ertragslage der Stadt Erbach entgegenstehen könnten.

3. Der Anhang enthält alle in § 50 GemHVO-Doppik geforderten Angaben.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Traub
Bürgermeister

Gesamtvermögensrechnung

Filter: Datumsfilter: 01.01.14..31.12.14

Optionen: Rechnungsjahr: 2014, Druck der Werte als: Saldo, Rundungsfaktor: Keim, Mit Ultimoposten: Ja, Teil-/Gesamtrechnung: Gesamt, Erläuterungen drucken: Nein, Seitenkopf: Standard, Platzierung Seitennummern: ungerade: Rechts, gerade: Rechts, Bericht Start mit Seitennr.: 1, Nullwerte unterdrücken: Ja

Pos.	Bezeichnung	Bestand zum 31.12.13	Ansatz kumuliert bis 31.12.14	Bestand zum 31.12.14	Vergleich Ansatz Bestand
01	Aktiva				
02	1 Anlagevermögen				
03	- frei -				
04	- frei -				
05	1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
06	1.1.1 Konzessionen, Lizenzen u. ähnl.Rechte	35.767,24	25.700,00	34.835,20	9.135,20
07	1.1.2 gel. Investzuw. und -zuschüsse	8.920.014,18	23.000,00	8.243.897,50	8.220.897,50
08	1.1.3 gel.Anz.auf immaterielle Verm.Gegenstände				
09	1.2 Sachanlagevermögen				
10	1.2.1 Grundstücke, grdstgl. Rechte	17.913.811,10	8.029.000,00	17.707.457,56	9.678.457,56
11	1.2.2 Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstck	11.525.111,55	3.239.048,36	11.649.675,35	8.410.626,99
12	1.2.3 Sachanl. im Gemeingebr., Infrastrukturverm.	18.124.486,32	10.166.418,53	17.144.446,66	6.978.028,13
13	1.2.4 Anlagen und Maschinen z. Leistungserstellung	177.857,37	415.000,00	159.903,20	-255.096,80
14	1.2.5 andere Anl., Betriebs- u.Geschäftsausstattung	1.591.240,21	2.586.934,47	1.873.163,03	-713.771,44
15	1.2.6 gel. Anzahlungen und Anlagen im Bau	795.712,88		493.935,38	493.935,38
16	1.3 Finanzanlagen				
17	1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	76.203,09	25.000,00	98.739,57	73.739,57
18	1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	950.000,00	-350.000,00	880.000,00	1.230.000,00
19	1.3.3 Beteiligungen	9.574.823,41	63.000,00	9.567.372,24	9.504.372,24
20	1.3.4 Ausleih. an Untern.,m.d.e.Bet.-Verh. besteht		-50.000,00		50.000,00
21	1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	91.868,59	52.400,00	106.442,22	54.042,22
22	1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonst.Finanzanlagen)	654.050,02	352.600,00	646.089,55	293.489,55
22A	1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen				
22B	Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen				
23	2 Umlaufvermögen				
24	2.1 Vorräte einschl. Roh-, Hilfs- u.Betriebsstoffe	21.841,95		21.705,95	21.705,95
25	2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse,Leistg,Waren	57.544,91		50.568,52	50.568,52
26	2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenst.				
27	2.3.1 F.a.Zuw.,Zusch.Transf.L.,Inv.Zuw.Zusch.Beitr	1.244.861,98	-69.000,00	990.457,50	1.059.457,50
28	2.3.2 Forderungen aus Steuern u.steuerähnl.Abgaben	831.606,54		692.793,48	692.793,48
29	2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	122.576,94		221.568,98	221.568,98
30	2.3.4 F.geg.verb.Untern.u.Untern.m.Bet.V.u.SV.	47.714,86		60.479,83	60.479,83
31	2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	386.897,16		792.775,72	792.775,72
32	2.3.6 Wertpapiere des Umlaufvermögens				
33	2.4 Flüssige Mittel	852.965,76	-19.832.372,05	1.602.627,24	21.434.999,29
34	3 Rechnungsabgrenzungsposten				
35	3.1 aktive Rechnungsabgrenzungsposten	766.055,19	243.000,00	804.247,47	561.247,47
36	4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter				

Pos.	Bezeichnung	Bestand zum 31.12.13	Ansatz kumuliert bis 31.12.14	Bestand zum 31.12.14	Vergleich Ansatz Bestand
	Fehlbetrag				
37	4.1 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				
38	Summe Aktiva	74.763.011,25	4.919.729,31	73.843.182,15	68.923.452,84
39					
40	Passiva				
41	1 Eigenkapital				
42	1.1 Netto-Position	-30.729.808,49		-31.089.398,49	-31.089.398,49
43	1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen,Stiftungskapital				
44	1.2.1 Rückl.a.Übersch.d.ordentl. Ergebnisses				
45	1.2.2 Rückl.a.Übersch.d.außerord.Ergebnisses	-1.308.214,08		-1.694.932,70	-1.694.932,70
46	1.2.3 Sonderrücklagen	-115.359,46	-40.000,00	-123.442,09	-83.442,09
46A	davon: Sonderrücklagen				
46B	davon: Vortragswerte alte zweckgebundene Rücklagen	-115.359,46	-40.000,00	-123.442,09	-83.442,09
46C	davon: Vortragswerte alte Sonderrücklagen				
46D	davon: Vortragswerte alte sonstige Sonderrücklagen				
48	1.2.4 Stiftungskapital				
50	1.3 Ergebnisverwendung				
51	1.3.1 Ergebnisvortrag				
52	1.3.1.1 Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	8.558.842,28		9.591.996,41	9.591.996,41
53	1.3.1.2 Außerordentl. Ergebnisse aus Vorjahren				
54	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag				
55	1.3.2.1 Ord. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		13.146.600,00		-13.146.600,00
56	1.3.2.2 Außerord.Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		63.000,00		-63.000,00
57	2 Sonderposten				
58	2.1 Sonderp.f.erh.Inv.Zuw.-zusch. u. - beiträge				
59	2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	-11.554.303,32	-4.567.100,00	-11.078.122,38	-6.511.022,38
60	2.1.2 Zuschüsse vom nicht. öffentl. Bereich	-205.546,39	-55.500,00	-211.508,44	-156.008,44
61	2.1.3 Investitionsbeiträge	-5.272.990,23	-2.075.000,00	-4.750.104,42	-2.675.104,42
61A	2.2 Sonderposten für den Gebührenaussgleich			-179.303,85	-179.303,85
61B	2.3 Sonderposten für Umlagen nach § 50 Abs. 3 FAG				
62	2.4 sonstige Sonderposten	-4.684,62		-14.873,11	-14.873,11
63	3 Rückstellungen				
64	3.1 Rückstellung für Pensionen u. ähnl.Verpflicht.	-5.549.404,51	156.200,00	-5.238.936,73	-5.395.136,73
65	3.2 Rückst.f.Finanzausgl.u.Steuerschuldverh.	-1.317.500,00		-1.519.400,00	-1.519.400,00
66	3.3 Rückst.f.d.Rekultivierung u.Nachs.Abfalldep.				
67	3.4 Rückst.f.d.Sanierung von Altlasten				
68	3.5 Sonstige Rückstellungen	-3.367.536,30		-3.303.142,86	-3.303.142,86
69	4 Verbindlichkeiten				
70	4.1 Anleihen				
70A	davon: RLZ bis einschl.1 Jahr				
70B	davon: RLZ größer 1 Jahr				
71	4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen Invest.				
71A	davon: Vortragswerte alte Vermögensglied.				
71B	davon: RLZ bis einschl.1 Jahr	-25.278,88		-39.623,46	-39.623,46
71C	davon: RLZ größer 1 Jahr	-8.041.452,83	-3.966.000,00	-7.424.648,44	-3.458.648,44
72	4.2.1 Verbindl. ggü. Kreditinstituten	-6.968.890,97	-4.114.400,00	-6.528.634,22	-2.414.234,22
72A	davon: Vortragswerte alte Vermögensglied				

Pos.	Bezeichnung	Bestand zum 31.12.13	Ansatz kumuliert bis 31.12.14	Bestand zum 31.12.14	Vergleich Ansatz Bestand
72B	davon: RLZ bis einschl. 1 Jahr	-21.124,66		-21.728,31	-21.728,31
72C	davon: RLZ größer 1 Jahr	-6.947.766,31	-4.114.400,00	-6.506.905,91	-2.392.505,91
73	4.2.2 Verbindlichk. ggü. öffentl.Kreditgebern	-927.836,24	83.000,00	-780.013,24	-863.013,24
73A	davon: Vortragswerte alte Vermögensglied				
73B	davon: RLZ bis einschl. 1 Jahr			-10.225,80	-10.225,80
73C	davon: RLZ größer 1 Jahr	-927.836,24	83.000,00	-769.787,44	-852.787,44
74	4.2.3 Verbindlichkeiten ggü. sonst. Kreditgebern	-170.004,50	65.400,00	-155.624,44	-221.024,44
74A	davon: Vortragswerte alte Vermögensglied				
74B	davon: RLZ bis einschl. 1 Jahr	-4.154,22		-7.669,35	-7.669,35
74C	davon: RLZ größer 1 Jahr	-165.850,28	65.400,00	-147.955,09	-213.355,09
74D	4.3 Verbindlichk.a.Kreditaufn.Liquiditätssicherung	-11.106.837,17	-4.539.700,00	-11.857.162,81	-7.317.462,81
74E	davon: ggü. Kreditinstitute	-11.106.837,17	-4.539.700,00	-11.857.162,81	-7.317.462,81
74F	davon: ggü. öffentl. Kreditgebern				
74G	davon: ggü. sonst. Kreditgebern				
75	4.4 Verbindlichk. a. kreditähnl. Rechtsgeschäften		24.900,00		-24.900,00
76	4.5 Verb.a.Zuw.u.Zusch.,Transf.L.u.Inv.Zuw.,Zusch.	-100.414,80		-204.120,87	-204.120,87
77	4.6 Verb. aus Lieferungen und Leistungen	-1.299.050,45	308.200,00	-713.611,47	-1.021.811,47
78	4.7 Verb.aus Steuern u.steuerähnl.Abgaben	-205.064,80		-15,00	-15,00
79	4.8 Verb.g.verb.Untern.u.g.Untern.m.Bet.V.u.SV	-45.811,53		-12.028,43	-12.028,43
79A	Vortragswerte alte Vermögensgliederung				
79B	4.8.1 Verb. a. Kreditaufn. für Investitionen				
79C	4.8.2 Verb. a.Kreditaufn. für Liquiditätssicherung				
79D	4.8.3 Verb. a. L+L, Steuern usw.	-45.811,53		-12.028,43	-12.028,43
80	4.9 Sonstige Verbindlichkeiten	-319.153,46		-798.007,27	-798.007,27
81	5 Rechnungsabgrenzungsposten	-2.753.442,21	-839.000,00	-3.182.795,74	-2.343.795,74
82	5.1 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	-2.753.442,21	-839.000,00	-3.182.795,74	-2.343.795,74
83	Summe Passiva	-74.763.011,25	-2.383.400,00	-73.843.182,15	-71.459.782,15

Gesamtergebnisrechnung

Rechnungsjahr 2014

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	Ergebnishaushalt				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.172.164,32	-1.172.900,00	-1.244.220,51	-71.320,51
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.973.856,88	-4.535.100,00	-4.703.706,75	-168.606,75
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-298.120,15	-273.000,00	-368.564,72	-95.564,72
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	-62.039,61	0,00	7.112,39	7.112,39
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	-12.115.414,01	-12.724.000,00	-12.452.981,82	271.018,18
06	6 Erträge aus Transferleistungen	-391.942,20	-325.000,00	-377.738,78	-52.738,78
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-4.661.777,96	-4.740.000,00	-4.914.612,57	-174.612,57
08	8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-1.327.499,81	-935.500,00	-1.336.915,56	-401.415,56
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-719.617,35	-760.500,00	-826.441,61	-65.941,61
10	10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)	-24.722.432,29	-25.466.000,00	-26.218.069,93	-752.069,93
11	11 Personalaufwendungen	5.204.213,79	5.825.100,00	5.744.445,08	-80.654,92
12	12 Versorgungsaufwendungen	891.193,52	812.700,00	808.141,40	-4.558,60
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.955.351,50	5.052.200,00	4.675.380,57	-376.819,43
13.1	13.1 Einstellung in Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Abschreibungen	2.835.562,56	1.549.000,00	2.785.761,25	1.236.761,25
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	4.086.132,07	4.164.500,00	4.199.541,59	35.041,59
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	8.915.036,35	9.160.000,00	8.759.695,99	-400.304,01
17	17 Transferaufwendungen	0,00	3.100,00	0,00	-3.100,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.965,01	17.700,00	14.823,31	-2.876,69
19	19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 - 18)	25.902.454,80	26.584.300,00	26.987.789,19	403.489,19
20	20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./ . Nr. 19)	1.180.022,51	1.118.300,00	769.719,26	-348.580,74
21	21 Finanzerträge	-85.733,89	-119.400,00	-83.592,49	35.807,51
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	341.161,50	479.800,00	347.027,36	-132.772,64
23	23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)	255.427,61	360.400,00	263.434,87	-96.965,13
24	24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)	-24.808.166,18	-25.585.400,00	-26.301.662,42	-716.262,42
24A	25 Gesamtbetr. d.ordentl. Aufw. (Nr.10 u. Nr.21)	26.243.616,30	27.064.100,00	27.334.816,55	270.716,55
24B	26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./ . Nr.25)	1.435.450,12	1.478.700,00	1.033.154,13	-445.545,87
25	27 Außerordentliche Erträge	-111.929,05	0,00	-417.124,57	-417.124,57
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	165.086,12	63.000,00	30.405,95	-32.594,05
27	29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./ . Nr. 28)	53.157,07	63.000,00	-386.718,62	-449.718,62
28	30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)	1.488.607,19	1.541.700,00	646.435,51	-895.264,49
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-2.660.907,16	-1.973.200,00	-1.980.534,33	-7.334,33
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	2.660.907,16	1.973.200,00	1.980.534,33	7.334,33
31	33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen	1.488.607,19	1.541.700,00	646.435,51	-895.264,49
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	vorgetragene Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
36	Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00

Gesamtfinanzrechnung

Rechnungsjahr 2014

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis	Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz
		2013	2014	2014	Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.130.193,78	1.172.900,00	1.220.771,40	47.871,40
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.159.411,79	4.535.100,00	4.783.814,98	248.714,98
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	279.517,45	273.000,00	386.171,67	113.171,67
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	11.750.735,09	12.724.000,00	13.079.461,70	355.461,70
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	391.942,20	325.000,00	377.738,78	52.738,78
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	4.205.403,55	4.740.000,00	4.425.950,97	-314.049,03
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	73.564,87	119.400,00	60.748,00	-58.652,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	967.742,25	760.400,00	926.155,28	165.755,28
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.	22.958.510,98	24.649.800,00	25.260.812,78	611.012,78
10	10 Personalauszahlungen	-5.358.175,15	-5.837.600,00	-5.939.607,80	-102.007,80
11	11 Versorgungsauszahlungen	-788.558,89	-858.300,00	-824.068,65	34.231,35
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.968.758,36	-5.101.300,00	-4.856.860,06	244.439,94
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	-3.100,00	0,00	3.100,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	-3.713.081,86	-4.164.500,00	-3.640.920,45	523.579,55
14A		0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-8.100.277,09	-8.563.000,00	-8.762.851,25	-199.851,25
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-311.183,23	-450.700,00	-316.543,42	134.156,58
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordentliche Ausz,	-43.940,88	-17.700,00	-111.563,55	-93.863,55
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk	-22.283.975,46	-24.996.200,00	-24.452.415,18	543.784,82
19	19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.	674.535,52	-346.400,00	808.397,60	1.154.797,60
19A	Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)	0,00	0,00	0,00	0,00
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	205.781,31	1.029.300,00	747.913,78	-281.386,22
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	266.548,00	750.000,00	554.882,54	-195.117,46
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	78.071,96	14.900,00	74.790,63	59.890,63
23	23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	550.401,27	1.794.200,00	1.377.586,95	-416.613,05
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-24.716,36	-3.900.580,44	-420.925,27	3.479.655,17
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-794.834,79	0,00	-552.534,15	-552.534,15
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen und immaterielle Anlagevermögen	-401.481,76	-595.475,75	-484.464,82	111.010,93
26A		0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	-63.183,93	-100.500,00	-177.573,63	-77.073,63
28	28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit (Nr. 24-27)	-1.284.216,84	-4.596.556,19	-1.635.497,87	2.961.058,32
28A		0,00	0,00	0,00	0,00
29	29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions- tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)	-733.815,57	-2.802.356,19	-257.910,92	2.544.445,27
29A		0,00	0,00	0,00	0,00
29B	30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelb edarf	-59.280,05	-3.148.756,19	550.486,68	3.699.242,87
29C	(Summe aus Nrn. 19 und 29)				
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u.inn.Darl.u. wirtschaftl.	417.200,00	100.000,00	320.730,93	220.730,93

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz Ergebnis
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	-881.919,77	-890.000,00	-906.030,69	-16.030,69
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.	-464.719,77	-790.000,00	-585.299,76	204.700,24
32A	(Saldo aus Nrn. 31 ./ 32)				
32B	34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum	-523.999,82	-3.938.756,19	-34.813,08	3.903.943,11
32C	Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)				
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	36 Geplante Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (Nr. 34)	-523.999,82	-3.938.756,19	-34.813,08	3.903.943,11
32G	37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am	-523.999,82	-3.938.756,19	-34.813,08	3.903.943,11
32H	Ende				
32I	des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)				
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	7.997.364,65	0,00	8.076.077,12	8.076.077,12
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-7.684.305,42	0,00	-7.291.928,20	-7.291.928,20
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	37	313.059,23	0,00	784.148,92	784.148,92
	Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus				
35A	haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./Nr.36)				
36	38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres	1.057.069,18	-15.893.615,86	846.128,59	16.739.744,45
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln (Nr.34und 37)	-210.940,59	-3.938.756,19	749.335,84	4.688.092,03
38	40 Best. an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)	846.128,59	-19.832.372,05	1.595.464,43	21.427.836,48
50	38 Gepl. Anfangsbest./ Bestand an Zahlungsmitteln	1.057.069,18	-15.893.615,86	846.128,59	16.739.744,45
50A	zu Beginn des Haushaltsjahres				
50B	Gepl. Anfangsbestand z. Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
50C	Best. an Zahlungsm. z. Beginn des Haushaltsjahres	1.057.069,18	-15.893.615,86	846.128,59	16.739.744,45
51	39 Gepl. Veränderung d. Bestandes/ Veränderung d.	-210.940,59	-3.938.756,19	749.335,84	4.688.092,03
51A	Bestandes an Zahlungsmitteln (Nr. 34 und 37)				
52	40 Gepl. Endbestand an Zahlungsmitteln/Bestand an	846.128,59	-19.832.372,05	1.595.464,43	21.427.836,48
52A	Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres				
52B	(Summe a.d. Summen Nrn. 38 und 39)				

Jahresabschluss d. Stadt Erbach

Vermögensrechnung (Bilanz) zum 31. Dezember 2014

Aktivseite				Passivseite			
	Stand vor Prüfung	Stand nach Prüfung	Veränderung		Stand vor Prüfung	Stand nach Prüfung	Veränderung
1. Anlagevermögen				1. Eigenkapital			
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				1.1 Netto-Position	30.729.808,49 €	31.089.398,49 €	- 359.590,00 €
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	34.835,20 €	34.835,20 €	- €	1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen, Stiftungskapital			
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	8.243.897,50 €	8.243.897,50 €	- €	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	- €	- €	- €
	8.278.732,70 €	8.278.732,70 €	- €	1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	1.694.932,70 €	1.694.932,70 €	- €
1.2 Sachanlagen				1.2.3 Sonderrücklagen	123.442,09 €	123.442,09 €	- €
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	17.347.867,56 €	17.707.457,56 €	- 359.590,00 €	1.2.4 Stiftungskapital	- €	- €	- €
1.2.2 Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	11.649.675,35 €	11.649.675,35 €	- €	1.3 Ergebnisverwendung			
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	17.144.446,66 €	17.144.446,66 €	- €	1.3.1 Ergebnisvortrag			
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	159.903,20 €	159.903,20 €	- €	1.3.1.1 Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	- 9.592.223,96 €	- 9.591.996,41 €	- 227,55 €
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.873.163,03 €	1.873.163,03 €	- €	1.3.1.2 Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	- €	- €	- €
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	493.935,38 €	493.935,38 €	- €	1.3.2 Jahresüberschuss/-Jahresfehlbetrag			
	48.668.991,18 €	49.028.581,18 €	- 359.590,00 €	1.3.2.1 Ordentlicher Jahresüberschuss/-Jahresfehlbetrag	- €	- €	- €
1.3 Finanzanlagen				1.3.2.2 Außerordentlicher Jahresabschluss/-Jahresfehlbetrag	- €	- €	- €
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	98.739,57 €	98.739,57 €	- €		22.955.959,32 €	23.315.776,87 €	- 359.817,55 €
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	880.000,00 €	880.000,00 €	- €	2. Sonderposten			
1.3.3 Beteiligungen	9.567.372,24 €	9.567.372,24 €	- €	2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen u. Beiträge			
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	- €	- €	- €	2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	11.078.349,93 €	11.078.122,38 €	227,55 €
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	106.442,22 €	106.442,22 €	- €	2.1.2 Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	211.508,44 €	211.508,44 €	- €
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	646.089,55 €	646.089,55 €	- €	2.1.3 Investitionsbeiträge	4.750.104,42 €	4.750.104,42 €	- €
	11.298.643,58 €	11.298.643,58 €	- €	2.2 Sonderposten für den Gebührenausgleich	179.303,85 €	179.303,85 €	- €
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	- €	- €	- €	2.3 Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG	- €	- €	- €
				2.4 Sonstige Sonderposten	14.873,11 €	14.873,11 €	- €
					16.234.139,75 €	16.233.912,20 €	227,55 €
2. Umlaufvermögen				3. Rückstellungen			
2.1 Vorräte, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	21.705,95 €	21.705,95 €	- €	3.1 Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen	5.238.936,73 €	5.238.936,73 €	- €
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	50.568,52 €	50.568,52 €	- €	3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich u. Steuerschuldverhältnisse	1.519.400,00 €	1.519.400,00 €	- €
2.3 Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände				3.3 Rückstellung für die Reaktivierung u. Nachsorge v. Deponien	- €	- €	- €
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	990.457,50 €	990.457,50 €	- €	3.4 Rückstellung für die Sanierung von Altlasten	- €	- €	- €
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	692.793,48 €	692.793,48 €	- €	3.5 Sonstige Rückstellungen	3.303.142,86 €	3.303.142,86 €	- €
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	221.568,98 €	221.568,98 €	- €		10.061.479,59 €	10.061.479,59 €	- €
2.3.4 Forderungen gg. Verbundene Unternehmen u. Sondervermögen	60.479,83 €	60.479,83 €	- €	4. Verbindlichkeiten			
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	792.775,72 €	792.775,72 €	- €	4.1 Verbindlichkeiten aus Anleihen	- €	- €	- €
	2.758.075,51 €	2.758.075,51 €	- €	<i>davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr 0,00 €</i>			
2.4 Flüssige Mittel	1.602.627,24 €	1.602.627,24 €	- €	4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen u. -zuweisungen	6.528.634,22 €	6.528.634,22 €	- €
				4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
3. Rechnungsabgrenzungsposten	804.247,47 €	804.247,47 €	- €	<i>davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr 21.728,31 €</i>			
				4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	780.013,24 €	780.013,24 €	- €
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- €	- €	- €	<i>davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr 10.225,80 €</i>			
				4.2.3 Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	155.624,44 €	155.624,44 €	- €
				<i>davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr 7.669,35 €</i>			
				4.3 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	11.857.162,81 €	11.857.162,81 €	- €
				4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	- €	- €	- €
				4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen	204.120,87 €	204.120,87 €	- €
				4.6 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	713.611,47 €	713.611,47 €	- €
				4.7 Verbindlichkeiten aus Steuern u. steuerähnlichen Abgaben	15,00 €	15,00 €	- €
				4.8 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	12.028,43 €	12.028,43 €	- €
				4.9 Sonstige Verbindlichkeiten	798.007,27 €	798.007,27 €	- €
					21.049.217,75 €	21.049.217,75 €	- €
				5. Rechnungsabgrenzungsposten			
					3.182.795,74 €	3.182.795,74 €	- €
Summe Aktiva:	73.483.592,15 €	73.843.182,15 €	- 359.590,00 €	Summe Passiva:	73.483.592,15 €	73.843.182,15 €	- 359.590,00 €